Verhandlungsschrift

über die Sitzung des Gemeinderates Pfarrkirchen bei Bad Hall am Freitag,
den 22. Oktober 1999

Beginn der Sitzung: 19.00 Uhr

Ende der Sitzung: 20.40 Uhr

Ort der Sitzung: Sitzungszimmer des Gemeindeamtes

Anwesend:

- 1) Bgm. Alois Fischill als Vorsitzender
- 2) die GVM Vbgm. Johann Landerl, GVM Georg Gutbrunner, Hermann Moser, Herbert Plaimer, Gabriele Diwald, Helmuth Kahr, Karl Huber, Franz Mayrhofer, Dr. Rudolf Winkler, Wolfgang Obermeier, Eva Maria Hütmeier, Pramhas Johann, Elfriede Lindner, Ewald Hametner, Dipl. Ing. Gerhard Deimek, Leopold Dietinger, Harald Stuntner;
- 3) die EM Karl Hiesmayr-Dorfer, Stöger Maria, Franz Gnadlinger, Alfred Jungwirth, Manfred Plaimer, Weis Peter, Siegfried Rachlinger,
- 4) AL Franz Kaip

Abwesend: (entschuld.) GRM Herbert Baierl, Renée Sporer, Albert Schupper, Ing. Johann Pürstinger, Franz Irkuf, Herbert Wakolbinger, Stroß Gerhard;

nicht entschuldigt: keiner

Tagesordnung

- 1.) Anschaffung Klein-Kommunaltraktor samt Zusatzgeräten (Auswahl); Finanzierung;
- 2.) Beschlussfassung Finanzierungspläne:
 - a) Gemeinde-Amtsgebäude (Parkplatz);
 - b) Güterweg Schützing;
- 3.) Zweckwidmung der Getränkesteuer - Verordnung;
- 4.) Ansuchen um finanz. Förderung aus der Fassadenaktion;
- 5.) Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes und Erstellung des örtl. Entwicklungskonzeptes;
- 6.) Aktion für Nahversorger;
- 7.) Sanierung der VS Pfarrkirchen:
 - a) Vorziehen von Arbeiten und Lieferungen;
 - b) Darlehensaufnahme;
- 8.) Vergabe der Kindergartenfreifahrt im Schuljahr 1999/2000;
- 9.) Änderung der Richtlinien für die Gewährung von Bezugsvorschüssen und Geldaushilfen;
- 10.) Erlassung einer Lärmschutzverordnung;
- 11.) Allfälliges;

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde,
- b) die Verständigungen hiezu gemäß vorliegendem Zustellnachweis an alle Gemeinderatsmitglieder rechtzeitig und schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnungspunkte erfolgt sind und
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Der Bürgermeister bestimmt AL Franz Kaip zum Schriftführer dieser Sitzung.
Vor Behandlung des ersten Tagesordnungspunktes nimmt Bürgermeister Alois Fischill die
Angelobung von EM Peter Weis vor.

Zu Punkt 1.) Anschaffung Klein-Kommunaltraktor samt Zusatzgeräten (Auswahl);
Finanzierung;

Der Bürgermeister berichtet:

Die Gemeinde Pfarrkirchen bei Bad Hall plant die Anschaffung eines Klein-Kommunaltractors samt Zusatzgeräten, um verschiedene Arbeiten wie z.B. Mähen von Sportplätzen, Durchführung des Winterdienstes einfacher und vor allem schneller und wirtschaftlicher durchführen zu können. Zu diesem Zweck wurden von 4 verschiedenen Typen bzw. Firmen Angebote eingeholt (siehe beiliegenden Preisvergleich). Die angebotenen Fabrikate wurden von den Gemeindearbeitern in der Praxis getestet, wobei sich herausgestellt hat, dass das von der Fa. Filzmoser bzw. der Fa. Esch-Technik, St. Veit/Glan, angebotene Fabrikat Carraro (Knicklenker) aufgrund seiner Wendigkeit und seiner geringen Breite von nur ca. 1m sehr gut geeignet sein dürfte. Die Gemeindearbeiter (Landerl, Hotz) sprechen sich eher für dieses Gerät aus. Für dieses Gerät spricht auch der günstige Preis und die von allen Typen größere PS-Anzahl (36 PS).

Folgende Zusatzgeräte sollen angeschafft werden:

Frontmäher, Grascontainer mit Hochentleerung, Schneepflug mit hydr. Schwenkung, Splittstreuer (selbstladend), Kehrmaschine.

Finanziert soll dieser Klein-Kommunaltraktor samt Zusatzgeräten in der Form werden, dass diese Geräte auf Dauer von 5 Jahren geleast werden und mit der 61. Rate (Restwert) vollkommen in das Eigentum der Gemeinde Pfarrkirchen übergehen.

Zu diesem Zweck werden bzw. wurden 3 Angebote eingeholt, wobei festgelegt wurde, dass der Finanzierungsbedarf S 500.000,- inkl. MWSt. beträgt, die übersteigenden Kosten sollen von der Gemeinde Pfarrkirchen als Anzahlung geleistet werden.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass

- a) ein Klein-Kommunaltraktor der Marke Carraro, Type Superpark 3800 HST, lt. Anbot der Fa. Fa. Esch-Technik, St. Veit/Glan, samt den oben angeführten Zusatzgeräten angeschafft wird und
- b) diese Geräte über die Hypo-Landesbank auf die Dauer von 60 Monatsraten lt. Anbot vom 19.10.1999 geleast bzw. finanziert werden.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen.

Als beschlossen gilt daher, dass

- a) ein Klein-Kommunaltraktor der Marke Carraro, Type Superpark 3800 HST, lt. Anbot der Fa. Fa. Esch-Technik, St. Veit/Glan, samt den oben angeführten Zusatzgeräten angeschafft wird und
- b) diese Geräte über die Hypo-Landesbank auf die Dauer von 60 Monatsraten lt. Anbot vom 19.10.1999 geleast bzw. finanziert werden.

Zu Punkt 2.) Beschlussfassung Finanzierungspläne:

- a) Gemeinde-Amtsgebäude (Parkplatz);
- b) Güterweg Schützing;

a) Gemeinde-Amtsgebäude (Parkplatz);

Der Bürgermeister berichtet:

Mit Erlass des Amtes der OÖ Landesregierung vom 24.8.1999, Zl.Gem-311332/64-1999-Für/Pü, wurde der Gemeinde Pfarrkirchen ein Finanzierungsvorschlag für die Vorziehung der Arbeiten zur

Herstellung eines Parkplatzes im Bereich des Gemeindeamtsgebäudes und gleichzeitig die hierfür notwendige Bewilligung gem. § 86 GemO 1990 erteilt.
Der gegenständliche Finanzierungsplan soll in der vorliegenden Form beschlossen werden.

b) Güterweg „Schützing“:

Der Bürgermeister berichtet:

Mit Erlass des Amtes der OÖ Landesregierung vom 24.8.1999, Zl.Gem-311332/62-1999-Für/Pü, wurde der Gemeinde Pfarrkirchen ein Finanzierungsvorschlag für die Errichtung des Güterweges "Schützing" – 1. Bauetappe und die hierfür notwendige Bewilligung gem. § 86 GemO 1990 erteilt. Mit der 1. Bauetappe könnte noch heuer der Rohbau dieses Güterweges hergestellt werden. Der gegenständliche Finanzierungsplan soll in der vorliegenden Form beschlossen werden.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge die oben angeführten Finanzierungspläne in der vorliegenden Form beschließen:

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen.

Als beschlossen gilt daher, dass die oben angeführten Finanzierungspläne in der vorliegenden Form genehmigt sind.

Zu Punkt 3.) Zweckwidmung der Getränkesteuer - Verordnung:

Der Bürgermeister berichtet:

Mit Rundschreiben Nr. 6 des OÖ Gemeindebundes wurden die Gemeinden informiert, dass aufgrund der Feststellungen des Generalanwaltes beim EuGH and aufgrund des Scheiterns des Versuches, auf Bundesebene eine entsprechende Ergänzung zum FAG zu erreichen, Österreichweit zumindest als zweckmäßig erachtet wird, sogenannte Zielsetzungsverordnungen in den Gemeinden zu beschließen. Vom OÖ Gemeindebund wurde eine entsprechende Musterverordnung ausgearbeitet.

Die vorliegende Verordnung wird vollinhaltlich verlesen.

Im Jahr 1998 hat das gesamte Getränkesteueraufkommen S 965.974,90 betragen, wobei S 601.409,-- auf Getränkesteuer für alkoholische Getränke entfielen.

Im Voranschlag 1999 sind folgende Ausgaben vorgesehen, die der Zweckwidmung der Getränkesteuer, wie in der vorliegenden Zielsetzungsverordnung angeführt, entsprechen. (Insgesamt S 3,043.000,--)

1. Schutz der Umwelt		
Förderung energiesparender Maßnahmen	S	12.000,--
2. Schutz und Förderung der Gesundheit		
Krankenanstaltenbeitrag	S	2.501.000,--
3. Fremdenverkehr		
Div. Beiträge und Förderungen	S	110.000,--
4. Sport		
Suv. Fußballverein u. Gem.Schitag	S	30.000,--
5. Kultur		
div. Aktivitäten	S	10.000,--
6. Freizeiteinrichtungen		
Eintrittskarten Hallenbad	S	45.000,--
Förderung Golfplatz	S	135.000,--
Beitrag für Parkbad Bad Hall-Pfarrk.	S	200.000,--

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge die vorliegende Zielsetzungsverordnung über die Getränkesteuer für alkoholische Getränke und über deren Verwendung beschließen.

GR Dipl.-Ing. Deimek fragt an, ob mit dem heutigen Beschluss eine Zwischenlösung bis zur Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Getränkesteuer geschaffen werden soll oder versucht wird, die Getränkesteuer zu verankern.

Bgm. Alois Fischill erklärt dazu, dass der heutige Beschluss ein Versuch ist, die Getränkesteuer als wichtige Steuereinnahme für die Gemeinden abzusichern.

GRM. Dietinger erklärt, dass bei der Getränkesteuer viele Politiker einen Zick-Zack-Kurs gehen und diese Steuer evt. den Wirten zurückgezahlt werden muss.

Bgm. Fischill sagt dazu, dass ein Wegfall der Getränkesteuer durch eine andere Steuereinnahme ausgeglichen werden müsste. Er erklärt weiters, dass der Finanzminister und viele maßgebliche Politiker die Getränkesteuer erhalten wollen, weil die Gemeinden darauf angewiesen sind.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird mit 20 Ja-Stimmen angenommen (FPÖ-Fraktion dagegen).

Als beschlossen gilt daher, dass die vorliegende Zielsetzungsverordnung über die Getränkesteuer für alkoholische Getränke und über deren Verwendung genehmigt ist.

Zu Punkt 4.) Ansuchen um finanz. Förderung aus der Fassadenaktion;

Der Bürgermeister berichtet:

Mit Schreiben vom 18.10.1999 hat Herr Friedrich Burghofer um einen finanz. Beitrag aus der Fassadenaktion für die Renovierung seines Hauses Feyreggerstraße 42 angesucht und Rechnungen in Höhe von S 124.813,41 vorgelegt.

Lt. den Richtlinien für die Gewährung einer Förderung aus der Fassadenaktion würde Herrn Burghofer eine finanz. Unterstützung in Höhe von 10 % des Rechnungsbetrages max. S 10.000,-- zustehen.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass Herrn Friedrich Burghofer für die Renovierung der Fassade seines Hauses Feyreggerstraße 42 eine finanz. Unterstützung in Höhe von S 10.000,-- aus der Fassadenaktion der Gemeinde Pfarrkirchen gewährt wird.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen.

Als beschlossen gilt daher, dass Herrn Friedrich Burghofer für die Renovierung der Fassade seines Hauses Feyreggerstraße 42 eine finanz. Unterstützung in Höhe von S 10.000,-- aus der Fassadenaktion der Gemeinde Pfarrkirchen gewährt wird.

Zu Punkt 5.) Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes und Erstellung des örtl. Entwicklungskonzeptes;

Der Bürgermeister berichtet:

In der Sitzung des Gemeindevorstandes am 30.8.1999 hat Arch. Dipl.Ing. Aumayr über die Arbeiten zur Flächenwidmungsüberarbeitung sowie der Erstellung eines örtlichen Entwicklungskonzeptes informiert.

23 Änderungsanträge wurden eingearbeitet und die Gemeinde verfügt über eine Baulandreserve von 19,4 ha (darin sind alle unbebauten, gewidmeten Grundstücke enthalten).

Am 22.6.199 wurde mit den Grundanrainern die einzelnen Anträge besprochen. einige Anträge werden vorläufig nur im örtlichen Entwicklungskonzept berücksichtigt. Eine spätere Widmung (Einzelumwidmung) ist dann immer noch möglich. Die Ausweisung im Entwicklungskonzept hat den Vorteil, dass die Aufschließungsbeiträge erst bei Ausweisung im Flächenwidmungsplan vorgeschrieben werden können.

Bezüglich der Umwidmungsanträge Mayrbäurl soll eine Reihung, in welcher Abfolge die Baulandreifmachung erfolgt, vorgenommen werden:

1. Grundstück hinter Gemeinde – Grundeigentümer Mayrbäurl
2. Grundstück hinter Friedhof – Grundeigentümer Mayrbäurl
3. Grundstück hinter Schule – Grundeigentümer Mayrbäurl

Zum Entwicklungskonzept wurden Beilagen erstellt wie z.B. für die Sternchenbauten (Anlegung einer Mappe mit Foto des Gebäudes und Katasterplandarstellung), Siedlungsplan, Verkehrskonzept.

Es soll noch ein Problem- und Maßnahmenkatalog erstellt werden.

Arch. Aumayr wurde beauftragt, den Flächenwidmungsplan und das örtl. Entwicklungskonzept fertig zu machen. Da der Flächenwidmungsplan und das örtl. Entwicklungskonzept im wesentlichen fertiggestellt sind, könnte bereits eine Grundsatzbeschlussfassung im Gemeinderat gefasst werden.

Im übrigen wird auf die Planunterlagen sowie auf die Änderungsaufstellung verwiesen.

Es wird noch hingewiesen, dass die Widmung Freizeitzentrum (Erweiterung Sportplatz), die mögliche Erweiterung des Wohngebietes in der Wilhelm-Fein-Straße (Erbler) sowie eine Betriebserweiterung (Zöhrmühle) noch nicht im Konzept berücksichtigt wurde. Eine Einarbeitung wird noch vorgenommen.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge das vorliegende Entwicklungskonzept sowie den vorliegenden Flächenwidmungsplan grundsätzlich beschließen, sodass die Vorlage und Einleitung des Stimmnahmeverfahrens beim Amt der OÖ Landesregierung erfolgen kann.

Weiters möge der Gemeinderat die Reihung der Umwidmungsanträge Mayrbäurl in der obigen Form beschließen. Die Baulandschaffung soll dann entsprechend dieser Reihung vorgenommen werden.

Bgm. Fischill erklärt, dass dieser Tagesordnungspunkt in der heutigen Sitzung grundsätzlich beschlossen werden soll und dass noch evt. Änderungen bzw. Eintragungen möglich sind. Die zuständigen Unterausschüsse haben sich mit dieser Angelegenheit sehr eingehend beschäftigt und auch mit den betroffenen Grundeigentümern wurden mit jedem einzelnen Gespräche geführt. Bei diesen Gesprächen war auch unser Herr Ortsplaner Dipl.-Ing. Aumayr anwesend. Auch wird diese Problematik im Regionalen Planungsbeirat, der seine Arbeit schon aufgenommen hat, behandelt.

Auch wurde z.B. dem Ortsentwicklungskonzept ein eigenes Verkehrskonzept beigelegt, da in den nächsten 10 Jahren wieder mit einem Ansteigen des Fahrzeugverkehrs zu rechnen ist.

Das vorliegende Ortsentwicklungskonzept soll in der vorliegenden Form der o.ö. Landesregierung zur Begutachtung vorgelegt werden.

Es geht schließlich darum, dass die, die wir in Pfarrkirchen wohnen entsprechende Ideen entwickeln.

GR Dipl.-Ing. Deimek erklärt, dass bei einigen Punkten in seiner Fraktion Bedenken bestehen und diese Punkte nicht automatisch erledigt werden.

Bgm. Fischill erklärt, dass in den Plänen in erster Linie unsere Ideen, die wir entwickelt haben, eingearbeitet wurden. Wir sind bemüht, die bestehenden Wohngebiete abzurunden und keine neuen Siedlungssplitter entstehen zu lassen.

Er verweist darauf, dass die Gemeinde Pfarrkirchen seit 20 Jahren einen rechtskräftigen Flächenwidmungsplan hat und auch in Zukunft dieser Plan der Entwicklung unseres Ortes als Wohngemeinde zugrundegelegt wird.

Er erklärt, dass alle Ausschussobmänner eingeladen wurden und waren, Gespräche mit unserem Ortsplaner Arch.Dipl.-Ing. Aumayr zu führen. Der Ortsplaner ist in erster Linie Fachmann, der uns Tips und Anregungen geben kann und soll.

Bgm. Fischill erklärt, dass es nicht gut ist, wenn die Bevölkerung über ihre Zeitung erfährt, dass das vorliegende Ortsentwicklungskonzept ein "Flickwerk" ist, da die Gemeinderäte auf die Unterstützung und Mitarbeit aus der Bevölkerung in diesem Bereich angewiesen ist.

Bgm. Alois Fischill erklärt, dass die Bevölkerung mehrmals eingeladen wurde, bei der Erstellung des Ortsentwicklungskonzeptes bzw. bei der Abänderung des Flächenwidmungsplanes mitzuwirken und mitzuarbeiten.

GRM. Hametner erklärt, dass Richtlinien und Konzepte grundsätzlich vorhanden sein sollen. Aufgrund von raschen Entwicklungen und Tendenzen wird es jedoch immer wieder notwendig sein, die eine oder andere Änderung durchzuführen bzw. zu beschließen.

GVM. Gutbrunner erklärt, dass er persönlich in 3 Ausschüssen tätig ist und sich diese Ausschüsse alle mit dieser Materie beschäftigt und auseinandergesetzt haben. Er erklärt, dass der wichtigste Ausschuss, der Ausschuss für Örtl. Raumplanung, einen FP-Mann als Obmann hat und er es unfair findet, die Arbeit der Ausschüsse vor Beschlussfassung im Gemeinderat in der FP-Zeitung schlecht zu machen.

GVM. Plaimer erklärt, dass die Erstellung des Entwicklungskonzeptes keine trockene Materie ist und das Konzept mit Leben erfüllt werden soll. Dazu ist kreative Arbeit und kreatives Denken notwendig. Er hat sich in den letzten Monaten mit diesem Konzept beschäftigt und hat seine Funktion als Obmann wahrgenommen.

Manche kreative Beiträge sind im Konzept eingearbeitet worden.

Dieses Konzept soll am Leben erhalten werden. Es geht um die Zukunft für Pfarrkirchen.

Er erklärt, dass seine Arbeit und die Arbeit vieler es wert sind, am Leben erhalten zu werden und er will sich nicht Ersteller von Flickwerken nennen lassen.

Er ersucht die FPÖ auf den Weg der Zusammenarbeit zurückzufinden.

GR Dipl.-Ing. Deimek erklärt, dass es u.a. um geplante Bauten im Bereich des Auegebietes entlang des Sulzbaches in Mühlgrub geht.

Dazu erklärt der Bürgermeister, dass dazu vom Amt der o.ö. Landesregierung Stellungnahmen erfolgen werden.

GVM. Kahr erklärt, dass heute noch Wohngebiete im Hochwassergebiet des Sulzbaches liegen.

Dazu erklärt Bgm. Fischill, dass sich die Gemeinde in dieser Angelegenheit an die Stellungnahme bzw. die Vorschriften und Auflagen des Amtes der o.ö. Landesregierung hält.

GRM. Dietinger als zuständiger Ausschussobmann für örtl. Raumplanung erklärt abschließend, dass sich alle bemüht haben, dass das 1. Ortsentwicklungskonzept ein gutes wird. Er glaubt, dass ein evt. folgendes 2. Ortsentwicklungskonzept aufgrund der gemachten Erfahrungen noch besser werden wird.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen.

Das vorliegende Entwicklungskonzept sowie der vorliegende Flächenwidmungsplan gilt als grundsätzlich beschlossen, sodass die Vorlage und Einleitung des Stellungsverfahrens beim Amt der OÖ Landesregierung erfolgen kann.

Weiters gilt die Reihung der Umwidmungsanträge Mayrbäurl in der obigen Form als beschlossen. Die Baulandschaffung soll dann entsprechend dieser Reihung vorgenommen werden.

Zu Punkt 6.) Aktion für Nahversorger;

Der Bürgermeister berichtet:

Die Gemeinde Pfarrkirchen bei Bad Hall hat in den letzten 2 Jahren zur Bewältigung der Lehrlingskrise am Arbeitsmarkt eine „Lehrlingsaktion“ gestartet und die Aufnahme von zusätzlichen Lehrlingen durch Pfarrkirchner Betriebe mit einem finanz. Zuschuss in Höhe von S 25.000,-, aufgeteilt auf 3 Jahre, gefördert.

Diese Lehrlingsaktion ist mit 31.12.1998 ausgelaufen.

Im heurigen Sommer hat das Kaufhaus Narbeshuber, der einzige Nahversorger unseres Ortes, einen Lehrling aufgenommen.

Es erscheint daher angebracht, auch diesen wichtigen Betrieb in Pfarrkirchen finanziell zu unterstützen und der Fa. Eva Narbeshuber für diese Initiative eine Subvention in Höhe von S 25.000,-, aufgeteilt auf 3 Jahre, zu gewähren.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass der Fa. Eva Narbeshuber als einziger Nahversorger in unserer Gemeinde eine finanz. Unterstützung in Höhe von S 25.000,-, aufgeteilt auf 3 Jahre, gewährt wird.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen.

Als beschlossen gilt daher, dass der Fa. Eva Narbeshuber als einziger Nahversorger in unserer Gemeinde eine finanz. Unterstützung in Höhe von S 25.000,-, aufgeteilt auf 3 Jahre, gewährt wird.

Zu Punkt 7.) Sanierung der VS Pfarrkirchen:

- a) Vorziehen von Arbeiten und Lieferungen;
 - b) Darlehensaufnahme;
-

Der Bürgermeister berichtet:

Die im Jahre 1905 errichtete VS Pfarrkirchen wurde im Jahre 1956 erweitert. Im Jahre 1967 wurde unsere Volksschule abermals erweitert (alter Turnsaal und Schulwartwohnung samt Nebenräumen) und saniert.

Nach dem Zubau des Schulturnsaales im Jahre 1995-1997 wurde beim Amt der OÖ Landesregierung um eine Generalsanierung unserer Volksschule angesucht. Von Arch. Dipl. Ing. Kroh & Partner, Linz, wurde ein diesbezügliches Sanierungskonzept erstellt und von der Schulbehörde bzw. der Hochbauabteilung des Landes bewilligt. Die Gesamtkosten betragen rd. 15 Mio.S.

Der Gemeinde Pfarrkirchen wurde mitgeteilt, dass die Generalsanierung der Volksschule Pfarrkirchen in das Schulbauprogramm des Landes aufgenommen werden konnte und voraussichtlich im Jahre 2003 mit den Sanierungsarbeiten begonnen werden kann.

Die Finanzierung wird so aussehen, dass 81 % der Sanierungskosten vom Land OÖ und der Rest (ca. 2,7 Mio.S) von der Gemeinde Pfarrkirchen aufzubringen ist.

Die Gemeinde Pfarrkirchen hat daraufhin beim Land OÖ angesucht, dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen bereits jetzt durchführen zu können, um größere Schäden an der Bausubstanz und dadurch noch höhere Sanierungskosten zu vermeiden.

Lt. Auskunft vom Büro LH-Stv.Hochmair (Frau Stöbich) wäre es möglich, diese dringenden Sanierungsmaßnahmen vorzuziehen und hierfür ein Bankdarlehen aufzunehmen. Die hierfür notwendigen Genehmigungen seitens der Aufsichtsbehörde (§ 84 und § 86 GemO 1990) würden lt. Auskunft von Frau Stöbich der Gemeinde Pfarrkirchen noch im heurigen Jahr bewilligt werden.

Mit dieser Angelegenheit hat sich bereits der Gemeindevorstand beschäftigt und vorgeschlagen, dass in den kommenden Sommerferien (Juli/August 2000) das gesamte Dach saniert bzw. erneuert werden soll.

In den Wintermonaten sollen diese Arbeiten vom Büro Arch. Dipl. Ing. Kroh & Partner, Linz, ausgeschrieben werden.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass vorbehaltlich der Zustimmung des Amtes der OÖ Landesregierung (Bewilligung gem. § 84 und 86 GemO 1990)

- a) die Arbeiten zur Erneuerung des Daches des Volksschulgebäudes in den Sommerferien 2000 durchgeführt werden und
- b) hierzu ein Bankdarlehen aufgenommen wird.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen.

Als beschlossen gilt daher, dass vorbehaltlich der Zustimmung des Amtes der OÖ Landesregierung (Bewilligung gem. § 84 und 86 GemO 1990)

- a) die Arbeiten zur Erneuerung des Daches des Volksschulgebäudes in den Sommerferien 2000 durchgeführt werden und
- b) hierzu ein Bankdarlehen aufgenommen wird.

Zu Punkt 8.) Vergabe der Kindergartenfreifahrt im Schuljahr 1999/2000;

Der Bürgermeister berichtet:

Über Auftrag der OÖ Landesregierung wurde von der Gemeinde Pfarrkirchen der Transport der Kindergartenkinder neu ausgeschrieben und dazu 9 Mietwagen- und Taxiunternehmen aus

Pfarrkirchen und Umgebung eingeladen, diesbezüglich mit dem Gemeindeamt Pfarrkirchen Kontakt aufzunehmen.

Bis zum 28. Juli 1999 wurde lediglich von der Fa. Englmaier-Reisen, Bad Hall, (Inh. Franz Peter Hipfinger) ein diesbezügliches Anbot abgegeben.

Herr Hipfinger erklärt in diesem Schreiben aber, dass er für die Kindergartenfreifahrt aus Sicherheitsgründen einen 46-sitzigen Bus einsetzen wird und den Preis eines 30-Sitzer-Busses verrechnen wird.

Als Begründung führt Herr Hipfinger weiters an, dass bei einem Einsatz eines größeren Busses die Fahrschüler der 1. Klasse wie bisher sofort nach Unterrichtsende gemeinsam mit den Kindergartenkindern nach Hause gebracht werden können, was sicherlich die Sicherheit der Schulanfänger erhöht.

Durch die Ausschreibung konnte eine geringfügige Ermäßigung des km-Tarifes von S 32,43 auf S 31,40 pro km zuzügl. MWSt. erreicht werden.

Seitens des Landes OÖ werden künftig wahrscheinlich nur die Kosten für den Einsatz eines 20-Sitzer-Busses (max. ca S 25,-) anerkannt.

Herr Hipfinger erklärte, dass es für ihn wirtschaftlich nicht möglich ist, für den Kindergartentransport einen eigenen 20-Sitzer-Bus anzuschaffen.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass die Kindergartenfreifahrt im Schuljahr 1999/2000 aufgrund der erfolgten Ausschreibung wieder an die Fa. Englmaier-Reisen, Bad Hall, zum Preis von S 31,40 zuzügl. MWSt. vergeben wird.

Die Fa. Englmaier wird die Kindergarten-Freifahrt wie bisher mit einem Großbus durchführen. Mit dem Land OÖ soll diesbezüglich Kontakt aufgenommen werden.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen.

Als beschlossen gilt daher, dass die Kindergartenfreifahrt im Schuljahr 1999/2000 aufgrund der erfolgten Ausschreibung wieder an die Fa. Englmaier-Reisen, Bad Hall, zum Preis von S 31,40 zuzügl. MWSt. vergeben wird.

Die Fa. Englmaier wird die Kindergarten-Freifahrt wie bisher mit einem Großbus durchführen. Mit dem Land OÖ soll diesbezüglich Kontakt aufgenommen werden.

Zu Punkt 9.) Änderung der Richtlinien für die Gewährung von Bezugsvorschüssen und Geldaushilfen;

Der Bürgermeister berichtet:

Mit Erlass des Amtes der OÖ Landesregierung vom 15.7.1999, Zl.Gem-200005/6-1999-SHW, bzw. Gem-200005/7-1999-SHW, wurden die Richtlinien für die Gewährung von Bezugsvorschüssen bzw. Geldaushilfen mit Wirkung vom 1.7.1999 neu geregelt.

Für die Anwendung dieser Neuregelungen ist im Einzelfall ein Beschluss des Gemeindevorstandes erforderlich.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass die neuen Richtlinien für die Gewährung von Bezugsvorschüssen bzw. Geldaushilfen mit Wirkung vom 1.7.1999 auch auf die Bediensteten der Gemeinde Pfarrkirchen Anwendung finden.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen.

Als beschlossen gilt daher, dass die neuen Richtlinien für die Gewährung von Bezugsvorschüssen bzw. Geldaushilfen mit Wirkung vom 1.7.1999 auch auf die Bediensteten der Gemeinde Pfarrkirchen Anwendung finden.

Zu Punkt 10.) Erlassung einer Lärmschutzverordnung;

Der Bürgermeister berichtet:

Gemäß § 4 OÖ Polizeistrafgesetz kann die Gemeinde eine Lärmschutzverordnung, zur Abwehr von dem örtlichen Gemeinschaftsleben ungebührlicherweise störendem Lärm, erlassen.

Aufgabe der Verordnung ist es, vor allem den Betrieb von Lärmquellen bestimmter Art entsprechend einzuschränken.

Im § 4 des OÖ Polizeistrafgesetzes sind die häufigsten Lärmstörungen angeführt.

Aufgabe jeder Gemeinde ist es, nur jenen Fall oder jene Fälle in die Verordnung aufzunehmen, die unbedingt notwendig sind und wo es bereits zu Störungen gekommen ist.

Als Garten und Arbeitsgeräte sind anzusehen:

Elektrorasenmäher, Rasenmäher mit Verbrennungsmotoren, Heckenschneidemaschinen, Schlagbohrmaschinen, Kreissägen, Motorsägen, Teppichklopfer udgl.

Nicht in diese Verordnungen können Lärmstörungen aufgenommen werden, die z.B. den Verkehrslärm, Baulärm, Betriebs- und Industrielärm betreffen.

Ausserdem ist darauf Bedacht zu nehmen, dass die ortsübliche land- und forstwirtschaftliche Produktion gewährleistet bleibt.

Ein Entwurf der Verordnung ist durch vierwöchigen Anschlag an der Amtstafel zu veröffentlichen. In der Kundmachung ist darauf hinzuweisen, dass jedermann, der ein berechtigtes Interesse glaubhaft machen kann, während der Anschlagsfrist schriftliche Anregungen und Einwendungen beim Gemeindeamt einbringen kann. Diese Anregungen und Einwendungen sind anlässlich eines Antrages auf Erlassung einer Verordnung des Gemeinderates vorzulegen.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge die vorliegende Verordnung grundsätzlich beschließen.

GVM. Plaimer erklärt, dass der Umweltausschuss sich mit dieser Angelegenheit eingehend beschäftigt und vorgeschlagen hat, die Ruhezeit von 12.00 bis 14.00 Uhr zu verordnen, weil Kleinkinder in dieser Zeit einen erhöhten Ruhebedarf haben. Er ersucht diesen Änderungswunsch zu berücksichtigen

GR Dipl.-Ing. Deimek erklärt, dass es ihn stört, dass z.B. die Benützung von Elektrorasenmähern, die eigens dafür erfunden wurden und relativ leise sind, verboten sein soll.

Sinnvoll hingegen ist das Verbot von Modellflugkörpern, Radios usw.

Nicht einverstanden ist GR Dipl.-Ing. Deimek mit der Höhe der Strafandrohung.

GRM. Hametner erklärt, dass er nach vielen Gesprächen mit Gemeindebürgern bestätigt wurde, dass der heutige Beschluss eigentlich schon lange überfällig ist.

GRM. Dipl.-Ing. Deimek erklärt, dass es schlecht ist, dass Baulärm von Firmen und Privaten unterschiedlich behandelt wird.

Bgm. Fischill erklärt, dass er froh darüber ist, dass heute eine Lärmschutzverordnung zustande kommt, da es in vielen Fällen nicht mehr möglich ist, mit Nachbarn eine einvernehmliche Lösung des Lärmproblems zu erreichen.

Betreffend die Höhe des Strafausmaßes erklärt der Bürgermeister, dass er sich nicht vorstellen kann, dass ein Bewohner gleich eine so hohe Strafe zahlen muss.

GVM. Moser erklärt, dass mit dieser Lärmschutzordnung endlich den notorischen Lärmerzeugern entgegengetreten werden kann.

GRM. Manfred Plaimer erklärt, dass die Gendarmerie grundsätzlich jeder Anzeige nachgeht.

GRM. Franz Mayrhofer gibt zu bedenken, dass in der Marktgemeinde Bad Hall die tägliche Ruhezeit von 13.00 bis 15.00 Uhr festgelegt wurde.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen.

Die vorliegende Verordnung gilt daher als grundsätzlich beschlossen.

Zu Punkt 11.) Allfälliges;

- a) GVM. Helmut Kahr berichtet über den Stand der Verhandlungen zwischen Brau Union und der Fa. Starzinger, die die Abfüllhalle angemietet hat. Es geht derzeit um eine Vertragsverlängerung bzw. um einen Verkauf des Firmenareals durch die Brauunion Österreich. Er ersucht Bgm. Fischill um eine diesbezügliche Intervention.
- b) GRM. Dietinger fragt an, ob sich jemand um die ausgeschriebene Stelle als Gemeindearbeiter gemeldet hat.
Dies wird von Bgm. Fischill verneint.
- c) GRM. Lindner berichtet, dass in Feyregg ein großes Geruchsproblem bei der Ausbringung von Gülle bzw. Jauche besteht.
In der Folge entwickelt sich eine rege Diskussion an der sich GRM. Huber, GVM. Gutbrunner und GRM. Mayrhofer und GRM. Hametner beteiligen.
GRM. Mayrhofer erklärt, dass die Landwirte gezwungen werden, möglichst billig zu produzieren und dadurch die Tieranzahl in den letzten Jahren pro Betrieb erhöht werden musste.
Er ersucht alle betroffenen Bewohner nachzudenken, warum das so ist. Er erklärt weiters, dass seitens der Pfarrkirchner Bauernschaft eine Güllespindel angeschafft und eine Bodenuntersuchung angeboten wurde.

Der Bürgermeister stellt fest, dass gegen die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 2. Juli 1999 keine Erinnerungen eingebracht wurden. Er erklärt sie daher für genehmigt und schliesst die Sitzung.

Der Vorsitzende:

Gemeinderatsmitglieder:

Der Schriftführer:

Ohne – mit folgenden – Erinnerungen genehmigt am:

Der Bürgermeister: